

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Hammann.

VIII. Jahrgang.

Berlin, Freitag, den 6. Dezember 1889.

N^o 96.

Die Erneuerung des Cartells.

Die drei nationalen Parteien, die sich zum ersten Mal zu gemeinsamem Vorgehen bei den Reichstagswahlen im Januar 1887 zusammenschlossen, haben soeben für die bevorstehenden Wahlen ihr Cartell erneuert. War es damals ausgesprochener Zweck, das durch die Opposition in Frage gestellte Septennat zu retten, so wird in der jetzigen gemeinsamen Erklärung in erster Linie die „Aufrechterhaltung des Besitzstandes“ empfohlen.

Es liegt auf der Hand, daß mit dieser Empfehlung nicht ein Zweck selbst, sondern nur ein Mittel zu einem höheren Zweck gegeben ist. In der oppositionellen Presse hat man an die „Aufrechterhaltung des Besitzstandes“ Glossen über die angebliche Angst der Cartellparteien, aus ihrem Besitzstande verdrängt zu werden, geknüpft, und man stellt es so dar, als ob auf dieser Seite nichts Anderes treibende Kraft habe, als der Gedanke der Selbsterhaltung. Das ist offenbar im höchsten Grade verkehrt. Wenn jemals Parteien, trotz ihres Unterschieds, sich gemeinsam von höheren idealen Zielen haben leiten lassen, so ist dies gerade jetzt der Fall, wo ein so greifbares Objekt, wie es vor drei Jahren des Septennats war, nicht vorhanden ist. Die Hingabe an Kaiser und Reich, das Eintreten für die bisherigen Wege der staatlichen Entwicklung haben sie in den letzten Jahren stets zusammengeführt, wo es galt, die Interessen des Vaterlandes wirksam zu fördern. Aus dieser gemeinsamen Arbeit ist die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit auch ferneren gemeinsamen Zusammengehens erwachsen, und wenn sie jetzt das Cartell „zur Aufrechterhaltung des Besitzstandes“ erneuert haben, so legen sie damit Bekenntniß ab von der Nothwendigkeit, auch ferner bei den Wahlen für die Güter einzutreten, für welche sie im Reichstage Schulter an Schulter gekämpft haben. Daß das gemeinsame Ziel nur erreicht werden kann, wenn es den Parteien gelingt, ihren Besitzstand zu bewahren, liegt auf der Hand.

Die Erneuerung des Cartells wird im Lande um so freudiger begrüßt werden, als darin eine schöne Harmonie mit den Ueberzeugungen und Auffassungen zu Tage tritt, welche vor zwei Monaten (am 2. Oktober) von Allerhöchster Stelle durch den „Reichsanzeiger“ kundgegeben worden. Dort hieß es, der Kaiser sehe in der Verständigung und gegenseitigen Schonung der staats-erhaltenden Parteien untereinander eine für unser parlamentarisches Leben sachlich nützliche Einrichtung, und speciell in dem Cartell erblicke der Kaiser einen den Grundsätzen seiner Regierung entsprechende politische Gestaltung. Wie diese Ueberzeugungen unseres Kaisers auf der Beobachtung von dem fruchtbringenden Zusammenwirken der drei Parteien beruhen, so haben diese Parteien ihrerseits aus der Vergangenheit auch nur die ganz selbstverständlichen Consequenzen gezogen. Die innere Wahrheit der wirklichen Verhältnisse hat sich Bahn gebrochen und sie wird auch den Sieg erringen.

Wie man weiß, hat es an Versuchen, das Cartell zu hinter- treiben, nicht gefehlt. Nicht nur, daß die gemeinsamen Gegner alle ihre Anstrengungen auch jetzt noch darauf richten, es zu sprengen und zu vernichten, es haben auch Elemente, welche sich zum Cartell gehörig betrachten, daran gearbeitet, seine Fortsetzung und Erneuerung unmöglich zu machen. Aber diese Elemente waren doch nur Zeitungen, welche Politik auf eigene Faust trieben, und noch heute kann man die Beobachtung machen, daß einzelne Zeitungen sich bemühen, dem Cartell Deutungen und Bedingungen unterzulegen, welche, wenn sie wirklich etwas zu bedeuten hätten, die Gefahr ernstster Verwickelung in sich enthielten. Alle diese Preß- künge aber erlassen vor der gemeinsamen Erklärung der drei Parteivorstände, welche zugleich den schlagendsten Beweis dafür liefert, daß jenen Preßstreitigkeiten keine Bedeutung beigemessen hat. Aber sie wird hoffentlich auch davor warnen, fernere Zeitungs-

erörterungen, welche an dem Cartell herumzumäkeln sich bemühen, zu überschätzen. Für die Wähler darf fortan die Einigkeit der drei nationalen Parteien in allen großen Hauptfragen unumstößlich feststehen und ebenso die Gewißheit, daß sich allein auf dieser Grundlage ein fruchtbringendes Zusammenwirken des Parlaments mit der Regierung unseres Kaisers ermöglichen lassen wird.

Die Debatten über die Bewegung unter den Bergleuten.

Der freisinnige Antrag über die Abkehrscheine der Bergarbeiter hat am Mittwoch und Donnerstag Gelegenheit zu einer langen Debatte im Reichstage über die Bewegung der Bergleute, namentlich in Rheinland-Westfalen, gegeben. Mit dem größtentheils gegenstands- losen Antrag selbst wäre der Reichstag rasch fertig geworden, allein die neueren Besorgniß erregenden Nachrichten aus dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier gaben den Anstoß zu Ausein- setzungen über die Ursachen und Wirkungen des großen Kohlenstrikes. Es haben in der letzten Zeit eine Reihe von Versammlungen der Bergleute stattgefunden, in denen sich eine außerordentlich erregte Stimmung kund gab. Die Arbeiter treten mit großer Lebhaftigkeit für ihre „gemäßregelten“ Genossen ein, d. h. für solche Arbeiter, welche die Abkehr erhalten haben und nun auf keiner Zeche — nach einem Uebereinkommen der Zechenverwaltungen — Unterkunft finden. Die Letzteren behaupten, daß die Abkehr dieser Leute — etwa 15—20 im Essener Bezirk — wegen Unbotmäßigkeit und dergleichen, begangen nach der Beendigung des Strikes, erfolgt sei und im Interesse der Disciplin nicht zurückgenommen werden könne. In den zur Besprechung dieser Differenzen berufenen Versamm- lungen traten nach den Berichten der Blätter gerade die von der Sperre betroffenen Arbeiter dafür ein, daß nicht sofort die Nieder- legung der Arbeit beschlossen wurde. Auf einer Versammlung in Essen einigten sich die Bergarbeiter dahin, daß zunächst ein Siebenerausschuß mit einer Commission der Zechenvertreter wegen gänzlicher Aufhebung der Sperre verhandeln solle. Würde keine Einigung erzielt, so solle in einer neuen Versammlung am 8. De- cember der entscheidende Beschluß gefaßt werden. Wie es scheint, haben sich aber die Differenzen noch verschärft, da ein Theil der Zechen es ablehnt, mit allgemeinen Arbeitercommissionen auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu verhandeln. Ein Zeichen für den Ernst der Frage liegt auch in der Meldung, daß verschiedene Zechen anfangen, die geförderten Kohlen trotz der übergroßen Nachfrage zu „stürzen“, d. h. auf eigenem Lager zu halten, um im Strike- falle für den eigenen Bedarf gesichert zu sein.

Diejenigen Elemente, denen die Rücksicht auf Wahlen, die Agitation, über Alles geht, sind natürlich leicht bereit, Momente solcher Massenerregung zu Parteigewinnen auszunutzen, statt mit Unparteilichkeit auf die Befestigung des Einvernehmens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern hinzuwirken. Von diesem höchst ver- werflichen Gesichtspunkt aus haben denn auch Vertreter der Demo- kratie aller Schattirungen, der bürgerlichen, klerikalen und socialisti- schen, der Situation im Reichstage gerecht zu werden gesucht. Man hörte da Aufreizungen gegen die Grubenbesitzer, ungerechte Vertheidigungen der kleinen ultramontanen Presse, die während und nach dem Strike sehr viel gesündigt hat, Anklagen gegen die Regierungen wegen Lässigkeit, die ganz willkürlich waren, und keiner dieser Redner schien ein Gefühl der großen Verantwortlichkeit dafür zu haben, einseitig in einer die weitesten Interessen berührenden Angelegenheit Partei zu ergreifen und so die Gefahr einer neuen Strikekalamität zu steigern. Viel verständiger und unbefangener war hiergegen der Standpunkt eines Grubenbesitzers, des Ab- geordneten Hammacher, welcher einerseits für die Tüchtigkeit seiner rheinisch-westfälischen Collegen eintrat, andererseits aber

zugab, daß auch von ihnen Fehler gemacht sein mögen, daß das alte patriarchalische Verhältniß bei der Verdrängung des Einzelbesitzes durch große Actiengesellschaften nicht mehr aufrecht zu erhalten und daß der Verkehr mit den Arbeitern durch Vertretungskörper auf dem Fuße der Gleichberechtigung schwer abzuweisen sei.

In den Streitfragen, welche die Bergarbeiter erregen, bestimmt Stellung zu nehmen, ist ohne genaue Kenntniß der Dinge nicht möglich. Diese wird erst die Veröffentlichung der Ergebnisse der von Sr. Majestät angeordneten Untersuchung bieten. Wie der Minister v. Bötticher darlegte, wird zur Zeit eifrig an dem Materiale gearbeitet und es sind commissarische Berathungen über Vorschläge zur Verhütung solcher Störungen des Wirtschaftslebens im Gange. Der Minister schloß — und seinem Wunsche muß jeder Verständige beipflichten —: „So sehr ich die Beschleunigung wünsche, wollen Sie volle Klarheit haben, dann, bitte, warten Sie wohl diese Verhandlungen ab, und lassen Sie — ich habe gehört, daß vorhin die Rede davon gewesen ist, daß die Arbeiter nicht mit Vertrauen auf die Führung der Enquete hingeblickt hätten, daß sie Grund zu haben vermeinen, über die Art und Weise, wie diese Enquete durchgeführt sei, zu klagen — meine Herren, lassen Sie sich auch durch diese Klagen nicht von vornherein einnehmen, warten Sie ab, bis das Material Ihnen vorliegt, und dann urtheilen Sie. Dann aber auch objektiv, damit der Friede zwischen Arbeitgebern und Arbeitern hergestellt wird, ein Wunsch, den Niemand mehr theilen kann als die verbündeten Regierungen.“

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Dem Evangelisch-Kirchlichen Hilfsverein in Berlin ist vom Minister des Innern, zur Förderung seiner Zwecke die Abhaltung einer Hauskollekte in den evangelischen Haushaltungen sämtlicher Provinzen der Monarchie für den Zeitraum vom 1. Januar bis Ende Juni 1890 bewilligt worden.

Der evangelischen Missions-Gesellschaft für Deutsch-Ostafrika hat der Minister des Innern die Erlaubniß erteilt, behufs Gewinnung der Mittel zur Erbauung eines neuen deutschen Krankenhauses in Zanzibar eine öffentliche Verloosung von Kunstwerken u. zu veranstalten und die zu dieser Lotterie auszugehenden 200 000 Loose zu je 3 Mark im ganzen Bereiche der Monarchie zu vertreiben.

Der Minister des Innern hat dem landwirtschaftlichen Vereine zu Frankfurt a. M. die Genehmigung erteilt, bei Gelegenheit der im April und September nächsten Jahres daselbst abzuhaltenen beiden Pferdewerke je eine öffentliche Verloosung von Equipagen, Pferden, Pferdegeschirren u. zu veranstalten und die für jede der beiden Lotterien in Aussicht genommenen 40 000 Loose zu je 3 Mark im ganzen Bereiche der Monarchie zu vertreiben.

Politische Tagesfragen.

Von unserm Kaiser

Ist folgende Antwort auf die an denselben zur Vermählung der Prinzessin Sophie von den Berliner Kommunalbehörden übersendete Glückwunsch-Adresse eingegangen:

Die herzlichsten Glückwünsche, welche Mir von dem Magistrat und den Stadtverordneten aus Anlaß der Vermählung Meiner Schwester, der Prinzessin Sophie von Preußen königliche Hoheit, dargebracht worden sind, haben Mich erneut von der innigen Theilnahme Meiner Haupt- und Residenzstadt an den Erlebnissen Meines Hauses überzeugt. Freudig bewegt durch dieses Bewußtsein gebe Ich dem Magistrat und den Stadtverordneten für den Ausdruck treuer Gefinnung und Anhänglichkeit gern Meinen aufrichtigen Dank zu erkennen.

Neues Palais, den 2. Dezember 1889.

gez. Wilhelm R.

An den Magistrat und die Stadtverordneten zu Berlin.

Bei der Ankunft unseres Kaisers in Darmstadt

am Freitag fand auf dem prachtvoll geschmückten Bahnhofe großer Empfang statt; anwesend waren der Großherzog, der Erbgroßherzog, die Prinzen Heinrich und Wilhelm, Prinz Albert Victor von Schleswig-Holstein, sowie die Spitzen der Civil- und Militärbehörden. Auf der Fahrt zum Schlosse durch die als Via triumphalis prachtvoll geschmückte Rheinstraße, in welcher Militär-Abtheilungen, die Studirenden der technischen Hochschule, die Schüler des Gymnasiums, des Realgymnasiums, der Realschule, der städtischen Schulen, die Krieger- und sonstigen Vereine Spalier bildeten, wurden

Sr. Majestät enthusiastische Kundgebungen dargebracht. Dem Kaiserlichen Wagen ritt eine Schwadron des 23. Dragoner-Regiments voraus. Im Schlosse wurde Sr. Majestät von den Prinzessinnen Heinrich von Preußen und Alix von Hessen begrüßt. Kurz nach 10 $\frac{1}{2}$ Uhr verließ der Kaiser im offenen Wagen mit dem Großherzog das Schloß, um die auf dem Paradeplatze aufgestellten Kriegervereine zu besichtigen, welche aus allen Theilen des Landes überaus zahlreich eingetroffen waren. Sr. Majestät fuhr im Schritt die Front entlang und alsdann zur Jagd nach dem Kranichsteiner Wildpark.

Stanley und Emin.

Der Reichscommissar Major Wismann traf am Mittwoch Stanley, Emin Pascha und Casati jenseits des Ringaniflusses. Alle begaben sich zu Pferde nach Bagamohe, wo sie enthusiastisch empfangen wurden. Die ganze Stadt war mit Palmenblättern geschmückt. Die Reisenden wurden von dem Commandanten des Kreuzers „Sperber“ im Namen Sr. Majestät des deutschen Kaisers begrüßt.

Auf dem Wege zur Küste waren sie von einem Zuge der Truppen Wismanns unter Lieutenant Schmidt geleitet worden. Der Stellvertreter des Reichscommissars Freiherr v. Grabenreuth hatte sie in sein Lager zum Mittagessen geladen, wo Stanley in warmen Worten den deutschen Unternehmungsgeist feierte. In dem Begrüßungstelegramm Kaiser Wilhelms wird die Genugthuung ausgesprochen, daß der Abzug nach der Küste durch deutsches Gebiet erfolgte. Nach dem „New-York Herald“ befinden sich unter Emin's Leuten viele alte und kranke Menschen, welche von den Sanftbarleuten bis zur Küste getragen werden müssen. Die Truppen, sowie die Träger verdienen die größte Bewunderung, sie sind disciplinirt, wie reguläre Truppen. Stanley und seine Officiere sind voll Lobes über den herzlichen Empfang seitens der Deutschen und sehr dankbar für die besondere Karavane mit Provision aller Art, welche Wismann bis Mpwapwa entgegen gesandt hat.

Eine Nachricht von wahrhaft entsetzlicher Tragik kommt über London, 6. December, und lautet: Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau“ aus Zanzibar soll Emin Pascha gestern in Bagamohe aus einem Fenster gestürzt sein, welches er in seiner Kurzsichtigkeit mutmaßlich für eine Thür hielt. Er soll einen Schädelbruch erlitten haben und sein Zustand soll ein höchst bedenklicher sein, doch hofft Dr. Parke ihn zu retten. Nach einer ausführlicheren Meldung des „Reuter'schen Bureau“ aus Zanzibar über den Unglücksfall Emin Paschas hatte derselbe die Höhe des Gemäuers eines Balkons verrecknet, und das Gleichgewicht verlierend, fiel er von einer Höhe von 20 Fuß hinab. Als man ihn aufhob, zeigte es sich sofort, daß er schwer verletzt sei. Das rechte Auge war geschlossen, Blut drang aus den Ohren hervor; man befürchtet, daß die Verletzungen gefährlich sind; der ganze Körper ist arg kontusionirt. Dr. Parke, welcher die Stanley-Expedition begleitete, wird bei Emin Pascha bleiben. Die deutschen Ärzte sind sehr besorgt, Dr. Parke jedoch ist mehr hoffnungsvoll. Unter allen Umständen wird es unmöglich sein, Emin in den nächsten Tagen nach Zanzibar zu bringen.

Neuer Grubenstreik?

Eine Donnerstag Abend in Essen stattgehabte zahlreich besuchte Versammlung von Delegirten der Bergarbeiter aus dem Bochumer, Gelsenkirchener und Dortmundener Revier beschloß nach längerer Berathung durch Wiederaufnahme des Streiks die Aufhebung der Arbeiter-Sperre zu erzwingen und diesen Beschluß der am Sonntag stattfindenden Bergarbeiter-Versammlung als Resolution vorzulegen.

Englische und deutsche Bergleute.

Von England aus werden internationale Vereinbarungen der Bergarbeiter betrieben. Man verweist auf die höheren Löhne der englischen Bergleute und verlangt die Gleichheit der Arbeitsbedingungen hier wie dort. Auch deutschen Arbeitern erscheint der Gedanke, auf internationalen Kongressen höhere Löhne zu erreichen, verlockend. Daß aber die Engländer nicht selbstlos die Verbesserung der Lebenslage der continentalen Arbeiter wünschen, ist längst kein Geheimniß mehr. Ihr Bestreben wird von der ganz klugen Berechnung bestimmt, daß die englische Kohle wieder siegreich den Kontinent erobern wird, wenn die Grubenbesitzer des Festlandes gezwungen werden, die Produktionskosten auf die Höhe der englischen zu steigern. Man macht in England selbst aus dieser Berechnung gar kein Hehl. So erfuhr zum Beispiel die von mehreren deutschen Interessenvereinen nach England geschickte Commission von Mr. Broadhurst, dem obersten Beamten der Trades Unions (Gewerksvereine), der Zweck jenes internationalen Arbeiterkongresses bestehe allerdings darin, daß der immer mehr fühlbare Wettbewerb der französischen, belgischen und deutschen Kohle dadurch zurückgehalten werde, daß die Arbeitszeit auf dem Festlande verkürzt und die Löhne erhöht würden. Die englischen Kohlenarbeiter müßten befürchten, in ihrer ganzen Position zurückgedrängt zu werden; sie seien daher, um die ausländische Konkurrenz zu bekämpfen, „berechtigt und verpflichtet, dahin zu streben, daß die Produktion in den konkurrierenden Ländern sich unter denselben Bedingungen wie in England vollziehe.“ Dabei muß man sich gegen-

wärtig halten, daß der englische Arbeiter trotz höherer Löhne nicht besser gestellt ist als sein deutscher Kamerad, da dort die Lebensbedürfnisse viel theurer sind und alle Versicherungsbeiträge aus der Tasche der Arbeiter bezahlt werden. Die deutschen Bergleute würden sich in ihr eigenes Fleisch schneiden, wenn sie dazu beitragen, der englischen Kohlenindustrie den Absatz zu erleichtern.

Personalien.

Aus der allgemeinen Verwaltung und aus der Verwaltung des Innern.

Dem Regierungs-Assessor Heising zu Arnberg ist die kommissarische Verwaltung des Landrathsamtes im Kreise Ahrweiler, Regierungs-Bezirk Coblenz, übertragen worden.

Der bisher im Reichs-Versicherungsamte kommissarisch beschäftigte Regierungs-Assessor Joswich aus Minden ist an die königliche Regierung zu Schleswig versetzt worden.

Der Gerichtsassessor Beltmann zu Essen ist als besoldeter Beigeordneter der Stadt Essen für die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt worden.

Der seitherige Rechtsanwält Dr. Wuermeling in Münster ist als zweiter Bürgermeister der Stadt Münster für die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt worden.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Am Montag wohnte

unser Kaiserpaar

der feierlichen Einweihung des Museums für Naturkunde bei. An dem Tage, da 50 Jahre seit der Verleihung des Ordens pour le mérite an den Feldmarschall Grafen Moltke verfloßen waren, zeichnete unser Kaiser den Jubilar durch ein ehrenvolles Schreiben und die Verleihung der Krone in Brillanten zu dem genannten Verdienstorden aus. Ebenso wurde der Bankpräsident v. Dechend zu dem 25jährigen Jubiläum als Leiter der Reichsbank bezw. der preussischen Bank durch ein huldvolles Handschreiben ausgezeichnet. Das Interesse unseres Kaisers an den ostafrikanischen Dingen bekundete sich darin, daß er den Lieutenant Giese, der durch Buschiri von der Station Mpwapwa vertrieben worden war, zur Tafel zog und daß er an Emin Pascha und Stanley ein Begrüßungstelegramm abgehen ließ.

Am Mittwoch begab sich der Kaiser zum Besuch nach

Dessau.

Die Kaiserin war durch eine leichte Erkältung verhindert, ihren hohen Gemahl zu begleiten. Bei dem Festmahl in Dessau betonte der Kaiser in seiner Antwort auf einen Trinkspruch des Herzogs, daß Anhalt das Land sei, zu dem Brandenburg-Preußen die ältesten Beziehungen habe. Hätte doch das Herrscherhaus der Kaiserin glorreich in der Mark regiert und dort den Grund gelegt, auf welchem die Hohenzollern weiter hätten bauen können. Der Kaiser feierte alsdann das Andenken an den Feldmarschall Fürsten Leopold, den er einen der Lehrmeister der preussischen Armee nannte. Der Trinkspruch schloß mit dem Wunsche, daß die guten Beziehungen fortbauern möchten, und endigte mit einem Hoch auf den Herzog, die Herzogin und die herzogliche Familie. Am Donnerstag wurden Jagdausflüge unternommen. Von Dessau begab sich der Kaiser nach Darmstadt, wo er Freitag früh eintraf und aufs glänzendste empfangen wurde.

Der Bundesrath genehmigte am Donnerstag die

ostafrikanische Dampfervorlage

welche unvorzüglich an den Reichstag gelangen soll.

Im Reichstage nahm der freisinnige Antrag in Bezug auf das gar nicht existirende

Arbeitsbuch der Bergleute

zwei Sitzungen in Anspruch. Ueber den Antrag selbst wurde sehr wenig gesprochen, vielmehr die Gelegenheit benutzt, um Wahlreden zu halten. Der Zeitpunkt zur Erörterung der Streitfragen zwischen Grubenbesitzern und Arbeitern war schlecht gewählt, da eben in Rheinland-Westfalen eine neue Bewegung im Gange ist. Mit Recht sagt die Köln. Ztg.: Die freisinnige Partei wird von sich den Vorwurf nicht abschütteln können, daß sie durch die Reden ihrer Parteigänger, durch die darin zutage getretene völlige Unkenntnis der wirklichen Lage, durch die Erweckung von Hoffnungen, zu deren Verwirklichung sie auch nicht die geringste Macht hat, die wünschenswerthe Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern beträchtlich erschwert hat. Wenn dem Deutschfreisinn nichts daran läge, selbst aus dieser wirtschaftlichen Angelegenheit Stoff für Wahlreden zu schöpfen, so hätte er unbedingt warten müssen, bis das Ergebnis der amtlichen Untersuchung über die Ursachen des jüngsten Ausstandes veröffentlicht sein wird. Letzteres wird nach den Eröffnungen des Ministers v. Bötticher so bald als möglich erfolgen. Der freisinnige Antrag auf Herabsetzung der

Kohlenlarife

am Donnerstag bei der Berathung des Etats des Reichseisenbahn-amts vor. Ebenfalls lediglich agitatorischen Rücksichten entsprungen, wurde er in einer Commission „begraben“. Die Bankvorlage wurde nach

theilweise sehr lebhaften Debatten in der zweiten Lesung unverändert angenommen. Die dritte Lesung fand Freitag statt.

Die Socialistengesetzcommission

hat scheinbar ein positives, in Wirklichkeit ein negatives Ergebnis geliefert. Die Vorlage wurde nämlich nach den Wünschen der Nationalliberalen als Dauergesetz aber ohne die Ausweisungsbefugniß beschlossen. Dafür stimmte das Centrum, jedoch mit dem Vorbehalte, im Plenum gegen ein Dauergesetz zu stimmen. Dagegen stimmten die Deutschkonservativen, weil regierungsseitig erklärt war, daß auf die Ausweisungsbefugniß nicht verzichtet werden könne. Wahrscheinlich wird nunmehr die zweite Lesung im Plenum erst nach Weihnachten stattfinden, mit welchem Ende — das läßt sich nicht absehen.

Unbeschadet der Meinungsverschiedenheiten in der Socialistengesetzfrage haben erfreulicher Weise die Vorstände der deutschkonservativen, der reichs- und freikonservativen und der nationalliberalen Partei das

Wahlkartell

von 1887 für die bevorstehende Reichstagswahl in folgender Weise erneuert: Es wird empfohlen: Bei der Aufstellung von Kandidaten den Bestand der Parteien aufrecht zu erhalten; in den bisher von Mitgliedern sonstiger Parteien vertretenen Wahlkreisen sich über einen gemeinsamen Kandidaten zu verständigen; falls dennoch eine Einigung im Wahlkreis nicht gelingt, sich an den Zentralvorstand der eigenen Partei in Berlin zu wenden; dieser wird mit den hierzu bestellten Vertretern der Zentralvorstände der anderen Kartellparteien die Einigung herbeizuführen versuchen. Sollten gleichwohl im ersten Wahlgange Kandidaten der Kartellparteien einander gegenüber stehen und einer derselben mit einem Kandidaten der sonstigen Parteien in die Stichwahl kommen, so wird einmüthiges Eintreten für den ersteren bestimmt erwartet. —

Aus dem Auslande.

Große weltbewegende Fragen haben in der vergangenen Woche die Staaten nicht beschäftigt. In

Oesterreich

tagt der Reichsrath, welchem der Staatsvoranschlag für 1890 vorgelegt worden ist. Bei der Vorlegung erklärte der Finanzminister, die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung zeige eine langsame, aber stetig fortschreitende Besserung, was sich aus der Zunahme des Eisenbahnverkehrs und der Spareinlagen ergebe; weiter stellte er eine Reform der direkten Steuern und die Einführung einer mäßig progressiven Einkommensteuer in Aussicht. Die Blätter erblicken in dem Budget, welches einen Ueberschuß aufweist, einen großen Fortschritt der Finanzlage.

In

Ungarn

dauert der Kampf der Opposition gegen das Ministerium Tisza fort; der Ministerpräsident wies jüngst die Angriffe mit der Bemerkung zurück, er bedaure, der Opposition nicht so bald seine Demission in Aussicht stellen zu können.

In

Frankreich

beschäftigt sich die Kammer mit der Frauen-, Kinder- und Sonntagarbeit. Das Verbot der Sonntagarbeit, das von einer Seite beantragt war, wurde abgelehnt.

In

England

hat Gladstone den Kampf gegen das conservative Ministerium von Neuem begonnen. In einer Rede meinte er, für die liberale Partei sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo sie in Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten die nämliche Wachsamkeit anwenden müsse, die in den Jahren 1876—1880 von ihr geübt worden sei: aus Anlaß der Vorgänge auf Kreta sei große Unzufriedenheit entstanden, und ebenso müsse England auf die Dinge in Armenien sein Augenmerk lenken.

In

Brüssel

setzt die Antislavery-Conferenz zunächst in Commissionen ihre Arbeit emsig fort; einer dieser Commissionen ist ein Vertragsentwurf über die gemeinsame Behandlung der Sklavenfrage vorgelegt worden.

In

Bern

hat der Bundesrath Droz erklärt, daß zwischen der Schweiz und Deutschland keine Abmachungen betreffs eines gemeinschaftlichen Vorgehens gegen die Socialdemokratie getroffen seien, er constatirte aber zugleich, in Bestätigung der Aeußerungen des Grafen Bismarck im Reichstage, daß die Beziehungen der Schweiz zu Deutschland wiederum dieselben geworden seien, wie sie vor dem Fall Wohlgenuth waren.

Der Präsident Harrison hat an den soeben eröffneten Kongreß der

Vereinigten Staaten

eine Botschaft gerichtet, worin er die Annahme des mit Deutschland und England abgeschlossenen Samoa-Vertrages empfiehlt und zugleich mittheilt, daß zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten die herzlichsten Beziehungen bestehen. In finanzieller Beziehung steht Amerika beneidenswerth da: Jahr für Jahr ergeben sich Ueberschüsse, welche die Regierung veranlassen, der Frage der Herabsetzung der Einnahmen und einer Revision des Zolltarifs näher zu treten. Die Botschaft plaidirt außerdem für eine weniger leichte Naturalisation socialistischer Einwanderer, für eine Vermehrung der Kriegsmarine und für Subventionierung amerikanischer Dampferlinien.